

Seenotrettung

Die EU soll eine eigene
Seenotrettung im Mittelmeer
aufbauen.



stimme zu



neutral



stimme nicht zu

Seenotrettung

Die EU soll eine eigene Seenotrettung im Mittelmeer aufbauen.



Seenotrettung



Das wäre das falsche Signal. Je mehr Schiffe im Mittelmeer zur Rettung unterwegs sind desto mehr Menschen machen sich auf den gefährlichen Weg.



Das Völkerrecht verpflichtet dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht eine europäische Initiative für eine staatlich koordinierte Seenotrettung.



Zivile Seenotrettung übernimmt humanitäre Verantwortung und darf nicht kriminalisiert werden. Sie wird weiter von uns unterstützt.



Die AfD unterstützt keinesfalls den Missbrauch der Seenotrettung im Mittelmeer in Form einer oft kriminellen Einschleusung von Migranten in den EU-Raum.



Seenotrettung ist nach dem Völkerrecht in jeder Situation verpflichtend. Wir wollen sie öffentlich, verlässlich und legal.



In Zukunft soll Frontex auch die Seenotrettung auf dem Mittelmeer übernehmen, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten und illegale Grenzübertritte zu vermeiden.



Das In-See-Stechen muss verhindert werden (...) ggf. muss eine umgehende Rückführung noch auf See durch den EU-Außengrenzschutz erfolgen.



Es ist völkerrechtliche Verpflichtung. Jedoch ist es wichtig Seenotrettung überflüssig zu machen, indem Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpft werden.

Nationale Währung

In Deutschland soll der Euro durch eine nationale Währung ersetzt werden.



stimme zu



neutral



stimme nicht zu

Nationale Währung

In Deutschland soll der Euro durch eine nationale Währung ersetzt werden.



Nationale Währung



Eine einheitliche Währung macht Geschäfte und Investitionen in der Eurozone einfacher, günstiger, stabiler und sicherer.



Als international integrierte Währung ist der Euro zudem Garant für die finanzpolitische Souveränität der EU.



Ein Austritt aus der Währungsunion würde DE und der de Wirtschaft massiven Schaden zufügen und zu großen Verlusten bei Wohlstand und Arbeitsplätzen führen.



Die Idee einer Einheitswährung für wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte und strukturierte Staaten sehen wir als gescheitert an.



Der Wirtschaftsraum der EU und insbesondere der Euro-Staaten ist so verflochten, dass eine Abschaffung der Euro nichts Wesentliches ändern würde.



Wir Freie Demokraten wollen den Euro als starke und stabile Gemeinschaftswährung sichern.



Wir stehen zu unserer Gemeinschaftswährung.



Wir fordern eine Reform der Euro-Zone, die wirtschaftlichen Ungleichgewichten entgegenwirkt und mehr Spielraum für öffentliche Investitionen in den Mitgliedsstaaten verschafft (...).

Geschlechtsidentität im Pass

Die EU soll den Mitgliedstaaten empfehlen, außer „weiblich“ und „männlich“ auch die Eintragung einer anderen Geschlechtsidentität im Pass zu ermöglichen.



stimme zu



neutral



stimme nicht zu

Geschlechtsidentität im Pass

Die EU soll den Mitgliedstaaten empfehlen, außer „weiblich“ und „männlich“ auch die Eintragung einer anderen Geschlechtsidentität im Pass zu ermöglichen.



Geschlechtsidentität im Pass



Die Meinungen dazu sind in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, daher sollte ihnen die entsprechende Regelung überlassen werden.



Dass es in einzelnen Fällen eine Abweichung der Geschlechtsidentität vom binären männlich-weiblich-Schema gibt, ist wissenschaftlich und gesellschaftlich akzeptiert.



Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten (...), ist ein Kern der europäischen Werte. Dazu gehört auch, den Geschlechtseintrag, selbstbestimmt ändern zu können.



Wer sich nicht als männlich oder weiblich identifiziert, sollte die Möglichkeit haben, einen neutralen Geschlechtseintrag im Pass zu erhalten.



Es ist eine Frage des Respekts, Personen mit einer Identität jenseits des binären Geschlechtermodells eine korrekte Geschlechtsbezeichnung in Ausweisdokumenten zu ermöglichen.



Wir treten für ein Europa ein, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität frei leben können.



Es ist eine Tatsache, dass die menschliche Spezies aus zwei Geschlechtern besteht, dem männlichen und dem weiblichen. Dies wird nicht dadurch aufgehoben, dass bei wenigen Personen die Zuordnung (...) nicht möglich ist.



Dies sollte jeder Mitgliedsstaat selbst entscheiden können.

Verwerfen der Klimaziele

Die EU soll das Ziel verwerfen,
klimaneutral zu werden.

stimme zu

neutral

stimme nicht zu

Verwerfen der Klimaziele

Die EU soll das Ziel verwerfen,
klimaneutral zu werden.



Verwerfen der Klimaziele



Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Der Klimaschutz und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind für uns nicht verhandelbar.



Indem wir Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt machen, sichern wir Investitionen in gute Jobs und faire Löhne, (...) und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen.



Wir stehen klar zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens. Für uns ist zweifelsfrei: Der Klimaschutz muss gelingen.



Die derzeitige Klimapolitik der EU ist eine völlige Fehlentwicklung. Das Dogma des menschengemachten Klimawandels dient der EU als Vorwand, um in alle Lebensbereiche einzugreifen.



Wenn die EU nicht klimaneutral wird, bedroht das die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen.



Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens.



Wir setzen uns für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Europa und für die Grundsätze des Pariser Klimaabkommens ein.



Wir streben eine länderübergreifende europäische Kooperation (...) für eine klimaneutrale, naturverträgliche Wirtschaft an.

Desinformation in soz. Netzwerken

Betreiber sozialer Netzwerke sollen frei entscheiden dürfen, wie sie mit Desinformation auf ihren Plattformen umgehen.



Desinformation in soz. Netzwerken

Betreiber sozialer Netzwerke sollen frei entscheiden dürfen, wie sie mit Desinformation auf ihren Plattformen umgehen.



stimme zu



neutral



stimme nicht zu

Desinformation in soz. Netzwerken



Wir bekämpfen Desinformation, Hass und Hetze in sozialen Medien.



Was als „Desinformation“ eingestuft wird, ist eine politische Frage. (...) Der Umgang mit Desinformation darf nicht privaten Betreibern von Plattformen überlassen werden.



Der Zugang zu verlässlichen Informationen ist eine Voraussetzung der Demokratie.



[Desinformationen] können Demokratien destabilisieren, indem sie die öffentliche Meinung manipulieren und Polarisierung fördern.



Desinformationen in sozialen Netzwerken sind ebenso wie Hass und Hetze ein Problem, das die Plattformen stärker als bisher angehen müssen.



Die Digitalgesetze DMA und DSA sind sinnvolle Ansätze, um digitalen Monopolstellungen entgegenzuwirken und um die schwersten Auswüchse in den sozialen Netzwerken zu bekämpfen.



Staaten selbst verbreiten Desinformation, die die Bevölkerung gefährdet. Staatlichen Kampagnen gegen „Desinformation“ dienen vornehmlich der Lenkung der öff. Meinung und sind abzulehnen.



Wir lehnen Einschränkungen der Meinungsfreiheit ab. Oft ist nicht klar, was überhaupt unter Desinformation verstanden wird und wer dies entscheidet.

Naturschutzgebiete

In der EU sollen mehr Flächen als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden.



stimme zu



neutral



stimme nicht zu

Naturschutzgebiete

In der EU sollen mehr Flächen als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden.



Naturschutzgebiete



Für den Erhalt von Lebensräumen und Arten bedarf es der Förderung biologischer Vielfalt auf der Basis von Anreizsystemen und nicht des Ordnungsrechts.



Naturschutzgebiete helfen dabei, geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen und bedrohte Arten besser zu schützen.



Nur das schützen, was noch gesund ist, reicht nicht mehr. Wir müssen die Natur wiederherstellen und das gestörte Gleichgewicht unserer Ökosysteme verbessern.



Die unterschiedlichen klimatischen und geografischen Gegebenheiten erfordern eine angepasste regionale Bewirtschaftung ohne eine übergriffige Steuerung durch Brüssel.



Echte, ökonomisch nicht genutzte Naturschutzgebiete sind wichtige Reservoirs für die Anpassung von Flora und Fauna an die Herausforderungen des Klimawandels.



Wir wollen den Naturschutz effektiver ausgestalten. Wir brauchen mehr Anreize für integrierten Naturschutz und keine pauschalen Nutzungsverbote von knapper Fläche in Deutschland.



Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck. Klima- und Umweltschutz sichern und verbessern nachhaltig die Koexistenz von Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen.



Wir sind dafür, den Naturschutz in der EU zu stärken. Wir lehnen es allerdings ab, dass die EU den Mitgliedsstaaten vorschreibt, wo und wie groß diese jeweils sein sollen.

Waffen für die Ukraine

Die EU soll mehr Waffen für die Ukraine finanzieren.

stimme zu

neutral

stimme nicht zu

Waffen für die Ukraine

Die EU soll mehr Waffen für die Ukraine finanzieren.



Waffen für die Ukraine



Die Ukraine muss beim Kampf für ihre Freiheit und ihre territoriale Integrität weiterhin unsere umfassende Unterstützung erhalten.



Gerade weil wir Frieden wollen, stehen wir fest an der Seite der Ukrainer*innen, die sich gegen die völkerrechtswidrige Aggression Russlands wehren.



Die Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst, sondern auch den Frieden in Europa. Wir unterstützen deshalb die Ukraine so umfassend, wie wir können.



Der Konflikt muss auf diplomatischem Wege beendet werden. Weitere Waffenlieferungen führen zu einer Verlängerung des Krieges mit unzähligen Toten und Verletzten auf beiden Seiten.



Die Militärhilfen haben zu keiner Wende im Krieg geführt. Vielmehr ist ein Wettrüsten angefangen worden, das auf Kosten von Sozialpolitik geht, wie etwa der Kindergrundsicherung.



Wir stehen weiter fest entschlossen an der Seite der Ukraine. Sie muss den Krieg gewinnen und ihre territoriale Integrität und Souveränität zurückerlangen.



Wir unterstützen die Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer vollen territorialen Unversehrtheit.



Wir wollen Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen aus der EU in Krisen und Kriegsgebiete beenden.

Schwangerschaftsabbrüche

Die EU soll sich dafür einsetzen,
dass Schwangerschaftsabbrüche
in allen Mitgliedstaaten straffrei
möglich sind.



stimme zu



neutral



stimme nicht zu

Schwangerschaftsabbrüche

Die EU soll sich dafür einsetzen, dass Schwangerschaftsabbrüche in allen Mitgliedstaaten straffrei möglich sind.



Schwangerschaftsabbrüche



Der Respekt vor der Schöpfung und der Schutz eines jeden Lebens gehören zu unserem christlichen Menschenbild.



Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt entscheiden können. Reproduktive Rechte sind Menschenrechte und müssen in allen Mitgliedstaaten gelten.



Wir fordern eine EU-Charta der Frauenrechte. Das Recht auf sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch soll zudem auch in der EU-Grundrechtecharta verankert werden.



Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Es steht dem Wunsch auf Abtreibung diametral entgegen.



Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist ein zentrales Selbstbestimmungsrecht der Frau und muss erhalten werden.



Wir fordern, dass das Recht auf die gesundheitliche Versorgung mit einem sicheren Schwangerschaftsabbruch in Europa gewährleistet werden muss.



Wir stehen für einen flächendeckenden und diskriminierungsfreien Zugang zu einer sicheren medizinischen Versorgung bei dem Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch.



Dauerhafte Grenzkontrollen

Es sollen wieder dauerhafte
Grenzkontrollen zwischen den
Mitgliedstaaten der EU
stattfinden.

stimme zu

neutral

stimme nicht zu

Dauerhafte Grenzkontrollen

Es sollen wieder dauerhafte Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten der EU stattfinden.



Dauerhafte Grenzkontrollen



Bis der Außengrenzschutz funktioniert, müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben.



Dauerhafte Grenzkontrollen verursachen hohe Kosten, behindern den Warenverkehr, belasten Pendler*innen und die Polizei.



Wie im Schengen-Kodex vereinbart, müssen Grenzkontrollen ausdrücklich beantragt, mit Blick auf Sicherheitsfragen begründet und dürfen nur vorübergehend erlaubt sein.



Die AfD strebt einen dualen Grenzschutz an. Das heißt, dass die Außengrenzen des Schengenraums gemeinschaftlich geschützt werden, die einzelnen Mitgliedstaaten aber auch zusätzlich in Eigenregie Grenzkontrollen durchführen.



Echte Grenzkontrollen wären das Ende der alltäglichen Begegnungen in den Grenzregionen. Selektiv durchgeführte Grenzkontrollen wiederum führen zu "racial profiling".



Von der Reisefreiheit und unbeschränkten Mobilität im Schengenraum profitieren wir alle. Die Voraussetzung für offene Grenzen im Innern ist jedoch ein starker, effektiver Schutz der EU-Außengrenze.



Grenzkontrollen sind ein Zeichen von Chaos und Schwäche und müssen vermieden werden. Nach außen muss Europa die Hoheit über seine Grenzen aber umgehend zurückgewinnen.



Jedoch können anlassbezogene Grenzkontrollen erforderlich sein, um das Entdeckungsrisiko von transnationaler Kriminalität zu erhöhen.

Erasmus+ Stipendium

Das Erasmus+ Stipendium für
Auslandsaufenthalte soll für
Studierende, die über weniger
finanzielle Mittel verfügen, höher
sein.



stimme zu



neutral



stimme nicht zu

Erasmus+ Stipendium

Das Erasmus+ Stipendium für Auslandsaufenthalte soll für Studierende, die über weniger finanzielle Mittel verfügen, höher sein.





Wir setzen uns für eine finanzielle Aufstockung des „Erasmus+“-Programms ein, damit möglichst viele Studentinnen und Studenten einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren können.



Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Wir wollen, dass mehr Menschen diese Erfahrungen machen können.



Lernerfahrungen im Ausland sind für alle jungen Menschen wertvoll. Wir wollen, dass diese Lernerfahrung völlig unabhängig vom finanziellen Hintergrund durch ERASMUS+ ermöglicht wird.



Auslandsaufenthalte für Studenten und Auszubildende öffnen Perspektiven, stärken den Zusammenhalt und sollen europäisch gefördert werden. Eine politische Aufladung von Stipendien sehen wir kritisch.



Die Linke hat sich im Europäischen Parlament besonders stark gemacht für mehr Zugang für sozial Benachteiligte und mehr Programmangebote auch für Lehrende.



Erasmus+ ist eine Erfolgsgeschichte. Es hat Millionen jungen Menschen Auslandserfahrungen in Europa ermöglicht. Darauf wollen wir aufbauen.



Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend und Sport ist ein wirkungsvolles Instrument für die interkulturelle Bildung und den europäischen Jugendaustausch.



Erasmus Stipendien für Studierende aus einkommensschwächeren Haushalten sollten höhere Sonderbedarfe berücksichtigen.